

Leipziger Tageblatt

und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 167

Hauptredaktion: Dr. Evertz, Leipzig

Dienstag, den 15. April

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1919

Der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag anerkannt

Die Einladung zur Friedenskonferenz

Amsterdam, 15. April. (Eig. Drahtbericht.) Nach dem Bureau meldet Reuters aus Paris: Wilson hat gestern abend namens des Rates der Vier folgende Erklärung abgegeben:

"Angeht die Tatsache, daß die mit Deutschland zu regelnden Fragen ihrer Lösung entgegengehen, ist von dem Rat der Vier beschlossen worden, die deutschen Bevollmächtigten einzuladen, am 25. April mit den Alliierten zusammenzukommen."

Das bedeutet nicht, daß die Behandlung anderer mit dem allgemeinen Frieden verbundenen Fragen abgebrochen oder verzögert werden soll. Es wird im Gegenteil erwartet, daß es dann mit diesen Fragen schnell vorwärts gehen wird. Man hofft, daß die Italiener betreffende Fragen, besonders die abriatische Frage, zu einer schnellen Lösung gebracht werden. Die abriatische Frage soll vor anderen Fragen zuerst behandelt werden. Die mit dem mit Deutschland zu schließenden Vertrag speziell zusammenhängende Regelung soll zur selben Zeit vollendet werden, und dann alles andere formuliert werden. Obwohl nach dieser Arbeitsweise Verfahren werden muß, behält man doch im Auge, daß alle zur Behandlung stehenden Fragen zu einem einheitlichen Ganzen geformt werden.

Der Kompromißantrag über die Feier des 1. Mai angenommen

Weimar, 15. April. (Drahtber. unserer in. Sonderberichterkolleg.) Der Kompromißantrag der Sozialdemokraten und Demokraten über die Feier des 1. Mai ist von der Mehrheit des Hauses angenommen worden. Der unabhängige Antrag, der den 1. Mai und 9. November zu Feiertagen erklären wollte, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Wir begrüßen es aufrichtig, daß man doch noch in der Frage der Maifeier zu einer Verständigung gekommen ist. Wir hätten es auch nicht verstanden und billigen können, wenn es über diese doch immerhin untergeordnete Frage zu einem Konflikt gekommen wäre. D. Schriftl.

Die Botschaft des Reichspräsidenten

Weimar, 15. April. (Drahtber.) Im Anschluß an die große Friedenskonferenz der Nationalversammlung soll am Schluß der heutigen Sitzung eine Botschaft des Reichspräsidenten an das deutsche Volk verlesen werden.

Fus Spanien

Madrid, 15. April. (Reuters.) Das Kabinett hat sein Entlassungsgesuch eingereicht.

Die Rätekonferenz

K. E. Dem zu Ende kommenden Rätekongreß hat man vielfach mit starker Besorgnis entgegengesehen. So schrieb, um nur ein Beispiel zu nennen, die "Nationalliberale Korrespondenz" am 8. April: "Die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß er in das Fahrwasser der Unabhängigen abzuweichen wird," und am 9. April: "Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird der weitere Verlauf des Zentralkongresses zu ernstlichen Verwicklungen führen." Diese Anzeichen haben nun glücklicherweise getrogen. Aber zweifellos hätte der Kongreß als Sprengmittel nach allerlei Seiten und geradezu verwüstend wirken können, wenn er z. B. zu den Ereignissen, in deren Zusammenhang man ihn sehen mußte — München, Ruhrstreik, Magdeburg usw. — eine regierungsfeindliche Stellung eingenommen hätte. Das ist mindestens nicht in einem Grade geschehen, daß dadurch der terroristische Radikalismus begünstigt worden wäre. Jene Vorgänge haben auf die Konferenz in der Hauptsache nicht aufgetragen, sondern eher abkühlend und abschreckend gewirkt.

Besonders deutlich wurde das bei den Verhandlungen über den Generallstreik im Ruhrgebiet. Die Drohung mit dem Ersuchen der Schlichter wurde von allen Seiten als Verirrung und ihre etwaige Durchführung als Wahnsinnstat beurteilt. Man sprach den Streikenden nicht, wie es von gewissen Seiten gewünscht wurde, Sympathien aus, stellte auch nicht einseitig die Forderung an die Regierung, daß sie nachgeben sollte, sondern es kam zunächst ein einmütiger Appell an die Bergleute zu stehen, die Notstandsarbeiten müßten unter allen Umständen ausgeführt werden, und ein Zusatzantrag der Unabhängigen, die Regierung zu ersuchen, die berechtigten Forderungen der Bergleute zu erfüllen, wurde abgelehnt, dafür ein anderer (freilich gegen die Stimmen der Unabhängigen) angenommen, wonach der Kongreß "erwartet", daß "berechtigte Forderungen erfüllt werden". Welche Forderungen berechtigt seien, das zu entscheiden überließ man demnach der Regierung, ohne also die Forderungen der Streikenden etwa in Aussicht zu nehmen. Und noch in den letzten Tagen wurde ein unabhängiger Antrag, gegen die Verhaftung von 300 Bergleuten zu protestieren, abgelehnt. Der Kongreß hat also in diesem Falle beruhigend wirken wollen und wohl auch in der Tat gewirkt. Das muß man anerkennen, bevor man ihn kritisiert. Ähnlich maßvoll war seine Haltung gegenüber den Münchner Vorgängen. Gleich zu Beginn wurde vorgeschlagen, daß ein Glückwunschtelegramm an die bayerische Räteregierung geschickt werde mit dem Ausdruck der Hoffnung, die Räterepublik möchte alle Widerstände überwinden und den Umschwung in ganz Deutschland anbahnen; aber die Mehrheitssozialisten und Demokraten erklärten, daß sie einer solchen Kundgebung nicht zustimmen könnten, weil sie ein Abweichen von demokratischen Grundfragen bedeuten würde, die Abstimmung wurde vertagt und nicht wieder zur Sprache. Was schließlich die Unruhen in Magdeburg angeht, so wurde zwar immer wieder die Haftentlassung unabhängiger Führer gefordert und mit der Regierung darüber verhandelt, aber das war auch alles. Als man weitere Beschlüsse fassen wollte, warnte Herrmann Müller, der Nachfolger Eberts in der Partei, mit Erfolg: "Wenn Sie auf Grund des hier Vorgetragenen Ihre Beschlüsse leichtfertig fassen, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Ihre Beschlüsse keine Autorität haben." Das hat man beherzigt.

Andererseits ist es freilich zu einem großen Aufbruch zur Arbeit, den man von dieser Konferenz bei ihrer Zusammensetzung hätte erwarten können, nicht gekommen. Die Anregung eines demokratischen Redners: "Von hier muß der Impuls zur Arbeit ausgehen," hatte keine Folgen. Zwar haben mehrheitssozialistische und auch unabhängige Redner ein wirklich schönes Lobes Lied der Arbeit gesungen, aber dabei mehr eine fernere Zukunft im Auge gehabt und die Erreichung des Ideals abhängig gemacht von der Verwirklichung des Rätegesetzes, wie sie es sich denken. So hat der Kongreß in gewissem Maß auf beiden Seiten enttäuscht, auf der rechten wie auf der linken.

Die auf dem linken Flügel der Unabhängigen stehende "Leipziger Volkszeitung" brachte schon am 10. April einen Bericht aus Berlin mit der Ueberschrift: "Kein revolutionäres Parlament", worin unter anderem gesagt war: "In dieser Situation hat der Rätekongreß sich bisher nicht ausgerafft, für Deutschland die Revolution, den Sozialismus, zu retten. Dieser Kongreß wird keine revolutionären Beschlüsse fassen, geschweige denn zu revolutionären Taten schreiten." Auf dem Kongreß selbst klagte der Führer der unabhängigen Fraktion, Däumig, über "den eifigen Hauch der Herzenshälte", mit der viele Fragen behandelt wurden und die noch weit unter seinen sehr bescheidenen Erwartungen geblieben sei. Aber auch der mehrheitssozialistische Führer Kaliski erklärte, er spüre nichts von revolutionären Temperamenten. In der Tat, was in dieser Hinsicht geleistet wurde, ging aber das aus der Nationalversammlung Gewohnte kaum hinaus. Zwar war die Stimmung gegen die Regierung auch bei den Mehrheitssozialisten ziemlich kritisch, so daß ihnen von unabhängiger Seite dafür sogar eine gewisse übertriebene Anerkennung ausgesprochen wurde; andererseits aber wehrten sich die Minister Bauer, Wessel, Robert Schmidt mit bemerkenswerter Entschiedenheit und sahen die Unabhängigen noch viel weniger mit Handschuh an, als diese sie. Vorübergehend kam es sogar nach einer derartigen Ministerrede zu einem Auszuge der Unabhängigen, und es schien beinahe, als solle der Kongreß gesprengt werden; aber die Unabhängigen begannen sich schnell und verzögerten darauf, einen offenen Konflikt zu schaffen.

Bei alledem mußte der bürgerliche Beurteiler weniger das Fehlen revolutionärer Energie bedauern, als den Mangel an Verantwortlichkeit. Drei oder vier Redner bestritten in der Hauptsache allein die Verhandlungen, vom Zentralrat Herr Coblen, für die Mehrheitspartei Kaliski, bei den Unabhängigen Däumig und Richard Müller, die ersten beiden schon länger als kluge Männer bekannt, die anderen beiden vor allem durch ihren Radikalismus

Neue heftige Kämpfe in München

Pöfau im Besitz der Spartakiden.

Kürnberg, 15. April. (Eig. Drahtbericht.) Pöfau war gestern in der Hand der Spartakiden. Mit Pöfau, Freilassung und Wegendorf gibt es keine telephonische Verbindung. Die aus München indirekt gemeldet wird, lagen heute früh das Bahnhofsgebäude und eine Anzahl von Spartakiden besetzte Regierungsgebäude unter dem Granatfeuer der Regierungstruppen. Die Verstärkungen der Regierungstruppen treffen frühestens heute nachmittags in München ein.

Kommunistische Regierungsmassnahmen.

Wamberg, 15. April. (Eig. Drahtbericht.) Nach indirekten Meldungen aus München haben die Kommunisten mehr als 750 000 A. öffentliche und private Gelder enteignet. Im Besitz der kommunistischen Innenminister Dr. Fipp wurden bei einer Einlieferung in die Irrenanstalt große Mengen Bargeld, Papiere und Juwelen vorgefunden.

Selbst heute morgen 10 Uhr wurde in den Straßen Münchens gekämpft. In der Koenigsstraße und am Pariser sind Maschinengewehre aufgeföhren. Der Hauptbahnhof war heute vormittag wieder im Besitz der Spartakiden.

Minister von Frauenborfer über die Lage.

Wamberg, 15. April. (Drahtbericht.) Der bayerische Verkehrsminister v. Frauenborfer, der aus München hier eingetroffen ist und die Leitung des Verkehrsministeriums übernommen hat, äußerte sich heute früh über die Lage in München folgendermaßen: Der Hauptbahnhof ist durch die Kämpfe der Arbeiter vollständig zerstört. Das Hauptpostamt und andere öffentliche Gebäude befinden sich noch in den Händen der Räteregierung. Man ist sich aber über die Ziele der Leute, die die Räteregierung ablehnen und unter denen sich hauptsächlich die republikanischen Schwärmer befinden, noch nicht recht im klaren. In der Hauptsache richtete sich der Kampf gegen die fremdländischen Elemente und die überpanischen Literaten. Sie selbst aber streben nach einer Räterepublik, in der die Soldatenräte das Übergewicht haben.

Köln, 15. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Köln. Stg. erzählt aus Augsburg: Nachdem die Regierung Hoffmann angebrocht hatte, der Räterepublik in München und Augsburg die Lebensmittel zu entziehen, fuhr eine Abordnung der revolutionären Arbeiter und Soldaten nach Wamberg, um mit dem Minister zu verhandeln. Diese Verhandlungen führten zu einer vollkommenen Kapitulation der Augsburger Räterepublik. Die Münchner Truppen, die die bayerische Räterepublik zu stützen unternommen haben, sollen nicht hinter der Regierung Hoffmann stehen. Es soll sich um Puffschiffen handeln, die die militärische Republik herbeiföhren wollen.

Wamberg, 15. April. (Drahtbericht.) Die Abstimmung der Münchner Mehrheitssozialisten hat 3479 Stimmen für und 3507 gegen die Beteiligung an einer Räteregierung ergeben. Zwei Drittel der Parteimitglieder haben sich der Abstimmung enthalten.

Das Truppenaufgebot gegen München

Wamberg, 15. April. (Eig. Drahtbericht.) Das Truppenaufgebot für München ist 25 000 Mann stark. Man hofft damit in kurzer Zeit den letzten Widerstand der Kommunisten zu brechen. Die Regierung erteilte dem militärischen Oberbefehlshaber die Ermächtigung zur Verhängung des Standrechtes in München. In Leipzig, jedoch von München, sind bewaffnete Spartakiden eingetroffen.

Magdeburg und Helmstedt von Regierungstruppen besetzt

Weimar, 15. April. (Drahtber. unserer in. Sonderberichterkolleg.) Von unabhängiger Seite wird mitgeteilt, daß das Landesjägerkorps haben Magdeburg vollständig nach Kampf besetzt. Es gab auf beiden Seiten Tote und Verwundete. Das Landesjägerkorps hat sich im Anmarsch auf Braunschweig 18. hat Helmstedt besetzt. Dort wurde der Spartakidenführer Bodo gelangungsgenommen.

Ultimatum der Bremer Kommunisten

Bremen, 15. April. (Drahtbericht.) Die Bremer Unabhängigen und Kommunisten haben gestern der Reichsregierung ihre

bereits bekannten Forderungen auf Aufhebung des Belagerungszustandes und Einführung des Rätegesetzes in Form eines Ultimatums überreicht. Das Ultimatum läuft heute um 3 Uhr ab. Bei Nichterfüllung der Forderungen soll der Generallstreik proklamiert werden.

Generallstreik in Duisburg

Duisburg, 15. April. (Drahtbericht.) In Duisburg hat die Arbeiterschaft aller Werke und die Angestellten den Generallstreik beschlossen. Der zur Sicherung der Arbeitswilligen entsandte Reichskommissar Severing hat angeordnet, daß Personen, die zur Sabotage oder Verweigerung der Notstandsarbeiten auffordern, verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Ferner dürfen in den Belegschaftsversammlungen nur Angehörige der Belegschaften sprechen.

Essen, 15. April. (Drahtbericht.) Was Anlaß des Beschlusses der Konferenz der streikenden Bergleute, die Notstandsarbeiten auf den Ruhrbezirk sämtlich einzustellen, sind in verschiedenen Bezirken die Regierungstruppen erheblich verstärkt worden. Die Notstandsarbeiten auf den Zechen werden unter militärischem Schutz ausgeführt.

Ruhe in Düsseldorf

Düsseldorf, 15. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen zur Beilegung des Generallstreiks, die gestern kein Ergebnis zeigten, werden heute fortgesetzt. Man ist namentlich bemüht, das Gas- und Elektrizitätswerk wieder in Gang zu bringen, da sich sonst katastrophale Zustände, namentlich in den Krankenhäusern, entwickeln könnten. Im übrigen dauert der Generallstreik heute unverändert fort. In der Stadt herrscht seit gestern im allgemeinen wieder Ruhe. Der Straßenbahnverkehr liegt noch still. Auf den Straßen werden nur auswärts gedruckte Zeitungen verkauft. Das Militär hat erneute Verstärkungen durch das Korps Bergmann erhalten. Generalstabschef von Bergmann hat den Oberbefehl über alle Regierungstruppen übernommen. Die Führer der Spartakiden, soweit sie nicht verhaftet sind, sollen nach den umliegenden Industriorten gesickert sein. Die Zahl der Toten und Verwundeten läßt sich auch nicht annähernd schätzen, da die Spartakiden ihre Verluste geheimhalten.

Essen, 15. April. (Drahtbericht.) Im Dortmunder Bezirk ist die Lage im großen und ganzen günstiger als in den letzten Tagen. Auf der Zeche "Königsborn" arbeitet Dreizehntel der Belegschaft unter Tage. Ebenso haben auf der Zeche "Altschau Segen" die Belegschaftsversammlungen mit überwiegender Mehrheit die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Im Bochumer Bezirk sprachen sich die Arbeiter in einer Belegschaftsversammlung der Zeche "Pflanz Regen" mit fast allen Stimmen für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit aus. Auf verschiedenen anderen Zechen wurde die Arbeit bereits im vollen Umfange wieder aufgenommen.

Die ersten Lebensmittel in Dresden eingetroffen

Dresden, 15. April. (Drahtbericht unserer Dresdener Schriftleitung.) Wie wir zuverlässig erfahren, sind soeben angefohrt 50 000 Rilo Schmalz und etwa 40 000 Rilo Speck in Dresden angekommen. Es handelt sich um die ersten Sendungen von der Entente versprochenen Lebensmittel.

Dresden, 14. April. (Drahtbericht unserer Dresdener Schriftleitung.) Das Eintreffen der Lebensmittel aus Amerika und England steht in den nächsten Tagen zu erwarten, vermutlich noch vor dem Osterfest. Zunächst handelt es sich um die vom Reich bezahlten Mengen Mehl, Speck und Fett. Eine ablehngelassene Zulassung der Lebensmittel sind aber die hohen Preise, die für Minderbemittelte kaum erschwinglich sind. Es besteht deshalb die Gefahr, daß viele auf die Abnahme verzichten werden. Um das zu verhindern, wird sich das Wirtschaftsministerium mit einer Preisregelung befassen und im Landeslebensmittelfiskus eine Konferenz abhalten, in der die Möglichkeiten einer Verbilligung der Waren vorgeschlagen werden sollen. Es wird vorgeschlagen, diese Nahrungsmittel an minderbemittelte Einwohner bis zur Steuergrenze von 2000 A. zu wesentlich ermäßigten Preisen abzugeben, wogegen die übrigen Verbraucher etwas mehr dafür zahlen müssen. Bei der Abgabe der Waren würde von den Minderbemittelten die Einkommensteuerklasse nachzuweisen sein. Dieser Weg der Preisregelung ermöglicht eine schnelle Verteilung, die auch von allen Seiten befürwortet wird. Wie hoch sich die Preise für die beiden Klassen stellen werden, wird nach der Konferenz sofort veröffentlicht werden.